

Leitantrag

1 **Antragsnummer: 1**

2 **Antragsstellende: DGB Vorstand Hamburg**

3

4 **Titel:**

5 **Gute Arbeit, soziale Stadt, nachhaltiges Hamburg**

6 *Gewerkschaften gestalten Zukunft – solidarisch, nachhaltig, demokratisch*

7

8 **Antrag:**

9 **Präambel**

10

11 Solidarisch, nachhaltig, demokratisch – so wollen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Zukunft in Hamburg
12 gestalten. Gemeinsam gehen wir die Aufgaben an, die vor uns liegen: für gute Arbeit, ein gutes Leben und eine gute
13 Zukunft der Beschäftigten.

14

15 Die Corona-Pandemie hat viele Menschen hart getroffen. Hamburg hatte im Frühjahr 2021 die höchste Zahl an Kurzar-
16 arbeit in der ganzen Bundesrepublik. Tausende Beschäftigte sind arbeitslos geworden. Ausbildungsplätze brachen weg,
17 Solo-Selbständige verloren ihr Einkommen. Die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist deutlich sichtbar
18 geworden. Die Folgen der Unterfinanzierung des Gesundheitssystems sowie der mangelnden Modernisierung der Bil-
19 dungseinrichtungen sind alarmierend. Armut und Ungleichheit haben in erschreckendem Maße zugenommen.

20

21 Zugleich steht die Arbeitswelt vor tiefgreifenden Veränderungen. Nach der Pandemie ist vor der Transformation: Die
22 Digitalisierung verändert sowohl die Arbeit als auch die nachgefragten Arbeitsqualifikationen. Die Anpassung an den
23 Klimawandel und die Dekarbonisierung der Industrie haben bereits jetzt großen Einfluss auf Arbeitsplätze und Beschäf-
24 tigungsmöglichkeiten. Die sich weiter differenzierende Globalisierung verstärkt globale Liefer- und Arbeitsketten und
25 bringt neue transnationale Abhängigkeitsverhältnisse hervor.

26

27 Als Welt- und Handelsstadt muss Hamburg diesen Herausforderungen klug begegnen: Eine planvolle Arbeitsmarktpolitik
28 mit einer strukturierten Weiterbildungslandschaft, eine ausgleichende Sozialpolitik gegen die zunehmende Ungleichheit
29 sowie eine am qualitativen und nachhaltigen Wachstum ausgerichtete Wirtschaftspolitik stärken unseren Standort. Wir
30 wollen Chancengleichheit, Fairness in der Arbeitswelt und eine Stärkung der demokratischen Kultur.

31

32 Dieser Leitantrag behandelt ausschließlich Themen im Einflussbereich des DGB Hamburg. Er gibt für die nächsten vier
33 Jahre einen Handlungsrahmen für die Arbeit des DGB Hamburg vor. Die gewerkschaftlichen Themen des Bezirks Nord
34 sowie der Bundesebene werden weiterhin anlassbezogen durch zielgerichtete Aktionen und Veranstaltungen unter-
35 stützt.

36

37 Auf dieser Grundlage möge die DGB Delegiertenkonferenz beschließen:

38

39 **A) Gute Arbeit und Beschäftigung sichern**

40 Gute Arbeit ist existenzsichernd, entgeltgleich, tarifgebunden, mitbestimmt, sozialversichert, unbefristet und diskrimi-
41 nierungsfrei. Sie ist nachhaltig, wenn sie menschliche Entwicklung fördert und zugleich negative Auswirkungen auf uns
42 und kommende Generationen verringert oder gar beendet. Gute Arbeit schafft Karrierechancen, Fort- und Weiterbil-
43 dungsmöglichkeiten und stärkt die beruflichen Entwicklungschancen jedes Individuums. Sie macht nicht krank, verbindet
44 Privates und Beruf, ist alters- und alterngerecht. Gute Arbeit wälzt unternehmerische Risiken nicht auf Beschäftigte ab,
45 sondern schützt vor wirtschaftlichen Gefahren und vermeidet Erwerbs- und Altersarmut sowie Lohn- und Sozialdumping.
46 Dieses Leitbild ist Grundlage unserer gewerkschaftlichen Arbeit.

47
48 Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

- 49
50 1. Das Hamburger Bündnis für Gute Arbeit. Die Erfahrung der Pandemie hat verdeutlicht, in welchem Ausmaß Be-
51 schäftigte von Unsicherheiten betroffen sind und welche Maßnahmen sichernd wirken. Der DGB Hamburg wird den
52 Senat und die politischen Parteien an ihre gesellschaftliche und staatliche Verantwortung erinnern und im Rahmen
53 des Bündnisses Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitswelt nehmen. Wir wollen, dass in diesem Bündnis bran-
54 chen- und fachübergreifend die anstehenden Veränderungen und daraus resultierende Maßnahmen diskutiert, ko-
55 ordiniert und abgestimmt werden. Der DGB-Index Gute Arbeit muss dafür als Datengrundlage über das Jahr 2021
56 hinaus fortgesetzt werden.
- 57
58 2. Ein offensives Bekenntnis der Politik pro Tarifvertrag und Mitbestimmung. Dieses Bekenntnis muss sich bei der
59 Vergabe, Wirtschaftsförderung, Haushaltsaufstellung, Gesetzgebung sowie dem Erlass von Verordnungen wieder-
60 finden. Justizbehörde und Staatsanwaltschaften werden zu Union Busting und Betriebsrätemobbing aufgeklärt und
61 geschult, damit diese Fälle konsequent verfolgt werden. Das öffentliche Interesse an einer stärkeren Tarifbindung
62 ist herauszustellen. Unternehmen, die outsourcen, und damit bestehende Tarifverträge unterlaufen, sollen gesetz-
63 lich verpflichtet werden, die bisherigen Tarifverträge anzuwenden.
- 64
65 3. Tariftreue im Hamburger Vergabegesetz. Aufträge der Stadt Hamburg dürfen nur an Betriebe vergeben werden, die
66 sich an das Niveau von repräsentativen Tarifverträgen halten. Dies muss auch für Vergaben im Schienenpersonen-
67 nahverkehr (SPNV) und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gelten. Bei der Novellierung des Leitfadens für
68 nachhaltige Beschaffung der Stadt Hamburg setzen wir uns für die Aufnahme von Tarifbindung, Mitbestimmung
69 und sozialen Kriterien ein.
- 70
71 4. Die effektive Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher, vergabespezifischer oder tariflicher Mindestlöhne. Dazu gehört
72 zum einen die Verbesserung der Personalausstattung für die zuständigen Behörden, zum anderen muss der Senat
73 die Abläufe zwischen den verschiedenen Kontrollinstanzen bzw. - Stellen optimieren und koordinieren (Zoll, Gewer-
74 beaufsicht, Arbeitsschutzbehörden, Arbeitsverwaltung, Sozialversicherungen etc.).
- 75
76 5. Prekäre Beschäftigung eindämmen. In Hamburg arbeitet etwa ein Drittel der Beschäftigten in Leih- und Werkver-
77 trägen, Minijobs oder unfreiwilliger Teilzeit. 47 Prozent der Berufsanfänger*innen sind befristet, 73 Prozent davon

78 sachgrundlos. Diesem arbeitsmarktpolitischen Wildwuchs treten wir entschieden entgegen. In Hamburg ist eine
79 Minijob-Beratungsstelle für Betriebe und Beschäftigte unabdingbar, denn zu häufig kennen beide Seiten die Folgen
80 dieser Beschäftigungsform nicht.

81

82 6. 12 Euro für alle. Der Senat hat den Mindestlohn für die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung und ihrer
83 beherrschten Unternehmen auf 12 Euro beschlossen und mit den Gewerkschaften tariflich vereinbart. Nun müssen
84 die Zuwendungsempfänger und Projekte folgen, die im städtischen Auftrag Leistungen erbringen.

85 12 Euro können nur der erste Schritt sein. Denn diese Höhe sichert im Rentenalter kein Leben in Würde. Um schon
86 heute eine gleichberechtigte Teilhabe aller Erwerbstätigen am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, fordern wir,
87 den Mindestlohn erheblich anzuheben.

88

89 7. Eine Hamburger Arbeitsmarktpolitik, die einerseits die Pandemie-Folgen abfedert und andererseits die Veränderun-
90 gen durch Digitalisierung und Klimawandel aufnimmt. Sie muss sozialstaatlich und individuell ausgerichtet sein und
91 Prävention, Förderung und Unterstützung in den Mittelpunkt stellen. In Hamburg stehen sich ein großer Niedrig-
92 lohnbereich, verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit und ein steigender Fachkräftebedarf gegenüber. Hamburg braucht
93 abschlussbezogene Qualifizierungsprogramme, mehr sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Beschäfti-
94 gung für Langzeiterwerbslose und integrative Programme für Ältere. In der Arbeitsverwaltung muss die Qualität bei
95 der Vermittlung Vorrang vor der Quantität haben. Der DGB Hamburg wird dies im Rahmen der Ausschüsse und
96 Beiräte der Arbeitsverwaltung thematisieren.

97

98 8. Mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz. Gesunde Arbeitsbedingungen sind Pflicht und nicht Kür, das hat die Pande-
99 mie sehr deutlich gemacht und das Randthema in den Mittelpunkt der betrieblichen Arbeit gerückt. Die zuständigen
100 Behörden müssen personell aufgestockt und Kontrollen spürbar verdichtet werden. Regelmäßige Informations- und
101 Diskussionsveranstaltungen zum Thema werden für BR/PR und Mitglieder weiterhin durchgeführt. Der DGB enga-
102 giert sich in der Arbeitsschutzpartnerschaft der Stadt Hamburg und begleitet das Modellprojekt Betriebspartner-
103 schaften in Bergedorf mit dem Ziel des flächendeckenden Ausbaus.

104

105 9. Gute Arbeit im Handwerk. Die gewerkschaftliche Handwerksarbeit und deren Arbeitnehmervertretung werden wei-
106 terhin unterstützt. Der DGB Hamburg begleitet die Arbeitnehmer*innenvertretung in der Vollversammlung und den
107 Ausschüssen inhaltlich und strukturell. Gemeinsam mit Sozialbehörde und Handwerkskammer gestalten wir das
108 Projekt zur Steigerung des Frauenanteils im Handwerk.

109

110 10. Die Aufwertung sozialer Dienstleistungsberufe. Insbesondere in den von Frauen dominierten und aus öffentlichen
111 Mitteln finanzierten Erziehungs-, Gesundheits- und Pflegeberufen durch entsprechende Haushaltsaufstellungen. Wir
112 werden die Diskussion über die Umverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit vorantreiben.

113

114 11. Die Gleichstellung von Männern und Frauen. Für Frauen gibt es eine chronische Dauerkrise auf dem Arbeitsmarkt:
115 Von Niedriglohn, Minijobs, Teilzeit und Befristung sind überwiegend Frauen betroffen und trotz des Fachkräfteman-
116 gels wird ihr berufliches Potenzial häufig missachtet. Daher ist Gleichstellung für den DGB Hamburg Querschnitts-

- 117 aufgabe über alle Themenbereiche des DGB Hamburg und wird konsequent mitgedacht. Wir begleiten die Fort-
118 schreibung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des Hamburger Senats und sorgen für einen öffent-
119 lichkeitswirksamen Equal-Pay-Day und Internationalen Frauentag. Wir unterstützen den Internationalen Tag gegen
120 Gewalt an Frauen und beteiligen uns an frauenpolitischen Netzwerken und Aktionen.
- 121 12. Inklusion in der Arbeitswelt. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in den Betrieben umzusetzen. Das Beratungs-
122 projekt Handicap ist zu verstetigen.
- 123
- 124 13. Arbeitsfreie Zeiten sind zu schützen. Der vereinbarte Sonntagsfrieden ist einzuhalten und einer Ausweitung treten
125 wir entschieden entgegen.
- 126
- 127 14. Das Hamburger Fachkräftebündnis. Hier engagiert sich der DGB Hamburg für die Verbesserung der beruflichen Aus-
128 , Fort- und Weiterbildung sowie die Gestaltung des Übergangs von Schule in den Beruf. Gemeinsam mit den Part-
129 ner*innen wird das Thema „Gute Arbeit“ mit den Schwerpunkten Gleichstellung von Mann und Frau, diskriminie-
130 rungsfreie und inklusive Arbeitswelt, Arbeitsbedingungen und Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäfti-
131 gung sowie Beratung für Beschäftigte mit und ohne Migrationshintergrund vorangetrieben.
- 132
- 133 15. Für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst. Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, warum und wofür
134 eine starke öffentliche Verwaltung gut und wichtig ist. Zudem steigt in einer wachsenden Stadt der Personalbedarf
135 der öffentlichen Hand. Dieser muss daher regelmäßig überprüft und entsprechendes Personal eingestellt werden.
136 Keinesfalls darf es in Folge der Corona-Unterstützungsausgaben zu Einsparungen im öffentlichen Dienst kommen.
137 Die hohe Qualität der Arbeit im öffentlichen Dienst ist durch eine offensive Ausbildungspolitik zu gewährleisten.
- 138
- 139 16. Verlässlichkeit im öffentlichen Dienst. Beamtinnen und Beamten dürfen nicht von der Einkommensentwicklung ab-
140 gekoppelt werden. Die im Rahmen der Tarifverhandlungen gefundenen Einigungen müssen Maßstab für regelmä-
141 ßige Anpassungen der Besoldung und Versorgung sein. Der Senat soll die Tarifabschlüsse der Tarifgemeinschaft der
142 Länder weiterhin zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung der Beamt*innen übertragen. Auf
143 Basis der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist eine amtsangemessene Alimentation der Beamt*in-
144 nen sowie ihrer Familien notwendig. Im Rahmen der Beteiligungsverfahren zur Anpassung der Besoldung und Ver-
145 sorgung geht es um die notwendige Dynamisierung von Zulagen und die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähig-
146 keit der Polizei-, Feuerwehr- und Justizvollzugs-zulage.
- 147
- 148 17. Den Schutz der Beschäftigten. Wir werden die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes
149 weiter thematisieren, zumal das Problem nicht allein diesen Berufszweig betrifft, sondern viele andere Beschäftigte
150 auch. Mit den öffentlichen Arbeitgebern und Dienstherrn sind geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um dem Prob-
151 lem zu begegnen.
- 152

153 **B) Sozial-ökologische Transformation gestalten**

154 Die Digitalisierung und der Kampf gegen den Klimawandel sind wesentliche Treiber der Veränderungen in Arbeitswelt,
155 Wirtschaft und Gesellschaft. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften sind sich der hohen Bedeutung und Herausfor-
156 derungen des Klimaschutzes bewusst. Wir bekennen uns zu klaren, verbindlichen Klimaschutzzielen, wie sie unter an-
157 derem 2015 in Paris beschlossen worden sind, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Unser Ziel ist, diesen Wandel
158 sozial-ökologisch auszurichten. Es kommt in den nächsten Jahren in den Betrieben darauf an, den Umbauprozess von
159 Technologien, Dienstleistungen, Produkten, Geschäftsmodellen, Standorten und Wertschöpfungskonzepten nicht zu ver-
160 hindern, sondern aktiv zu gestalten, um Beschäftigung zu sichern und menschlich auszurichten. Die Chancen und Risiken
161 für Beschäftigte, Unternehmen und ganze Branchen liegen in diesem Prozess eng beieinander. Umso wichtiger ist es,
162 dass die Gewerkschaften sich aktiv in diese Debatten einmischen. Wir denken Arbeit und Ökologie zusammen.
163

164 Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

- 165
- 166 1. Die Entwicklung von Transformationskonzepten der Stadt Hamburg. Neben einem technologieoffenen Ansatz müs-
167 sen hier Gute Arbeit und die Steigerung der Tarifbindung als chancenorientierter Weg beschritten wird. Daher en-
168 gagiert sich der DGB Hamburg beim Nachhaltigkeitsforum Hamburg, dem Ratschlag für Nachhaltigkeit, verschiede-
169 nen sozial-ökologischen Netzwerken und dem Ausschuss für Energie-, Umwelt- und Gesundheitsschutz der Hand-
170 werkskammer. Wir begleiteten die Umsetzung des Hamburger Klimaschutzplans ebenso kritisch wie die Überarbei-
171 tung des Leitfadens zur nachhaltigen Beschaffung. Der Masterplan Industrie sowie Handwerk müssen auf nachhal-
172 tige Wachstumsstrategien durch Innovation, Mitbestimmung, technologischen Fortschritt, klimaneutrale Prozesse
173 und qualifizierte Arbeitskräfte ausgerichtet werden.
174
 - 175 2. Begleitung und Diskussion der Digitalisierung der Arbeitswelt. Der gewerkschaftliche Blick auf die Veränderungen
176 wird bei Wirtschaft, Senat, Politik und Behörden geschärft und über die Auswirkungen aus unserer Sicht aufgeklärt.
177 Beim geplanten „Regionalen Zukunftszentrum“ setzen wir uns für den Schwerpunkt „Beratung und Begleitung der
178 Beschäftigten“ ein. Das Konzept der „Smart City“ muss auf arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Auswirkun-
179 gen hin überprüft werden.
180
 - 181 3. Eine nachhaltige Energiewendepolitik, die auch die Interessen der Beschäftigten beachtet. Das bisherige energie-
182 politische Dreieck einer zuverlässigen, bezahlbaren sowie umweltschonenden Energieversorgung muss durch den
183 Punkt Arbeitssicherung zu einem Viereck weiterentwickelt werden. Dies muss auch in den Pilotprojekten, z.B. nord-
184 deutsches Reallabor Energiewende, umgesetzt und um gewerkschaftlich-betriebsrätliche Blickwinkel ergänzt wer-
185 den. Hamburg kann zeigen, dass eine zuverlässige, bezahlbare, klimaneutrale Energieversorgung mit Guter Arbeit
186 und Beschäftigungssicherung einhergeht.
187
 - 188 4. Eine sozial-ökologische Investitionsoffensive mit den Schwerpunkten Mobilität, Gebäudesanierung und Infrastruk-
189 tur. Der Senat kann zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten in Form eines Transformationsfonds schaffen, mit denen
190 die Investitionen effizient und transparent finanzierbar sind. Mit den Mitteln der Wirtschaftsförderung sind zudem

- 191 Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft und die technologische Umstellung auf klimaneutrale und nachhaltige Produk-
192 tionsverfahren zu unterstützen.
193
- 194 5. Die Kooperation der norddeutschen Bundesländer. Eine Zusammenarbeit zugunsten gemeinsamer Entwick-
195 lungsperspektiven hinsichtlich der sozial-ökologischen Transformation ist notwendig - auch um die gemeinsame Position
196 gegenüber dem Bund zu stärken.
197
- 198 6. Mehr nachhaltige Mobilität. Eine bezahlbare, sichere und umweltneutrale Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge. Sie
199 ist zugleich Rückgrat unseres Industrie- und Dienstleistungsstandortes Hamburg und legt damit die Grundlage für
200 eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Wir begleiten Ideen für betriebliche Mobilitätskonzepte, fordern den Ausbau
201 des Schienennetzes sowie die Anbindung bisher abgekoppelter Stadtteile. Der ÖPNV muss ausgebaut werden, wo-
202 bei Angebot und Preis in Übereinstimmung gebracht werden muss. Bereits jetzt ist der Hamburger Nahverkehr einer
203 der teuersten in der Bundesrepublik. Neben preiswerten Senioren- und Azubi-Tickets sollten auch die übrigen Preise
204 im Sinne einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Mobilität attraktiv für alle Bewohner*innen Hamburgs und
205 des Umlands gestaltet sein.
206
207

208 **C) Für eine soziale Stadt engagieren**

209 Die Corona-Pandemie darf keine gespaltene Stadt hinterlassen. Deshalb brauchen wir einen handlungsfähigen Staat,
210 der eine gute öffentliche Daseinsvorsorge bietet und die Schwachen vor den Folgen der Krise schützt. Vor allem muss in
211 eine gute, nachhaltige, solidarische und demokratische Zukunft investiert werden. In einer sozialen Stadt können alle
212 Bewohnerinnen und Bewohner ein gutes Leben führen. Sie ist weltoffen, tolerant und ermöglicht die gleichberechtigte
213 Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen. Die soziale Stadt vermittelt zwischen verschiedenen Interessen und fördert die Be-
214 gegnung ihrer Bewohnerinnen und Bewohner – unabhängig vom Einkommen. Der DGB Hamburg ist aktiver Bestandteil
215 dieser Stadtkultur.

216

217 Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

218

219 1. Eine solidarische, tolerante und antirassistische Gesellschaft. Wir engagieren uns gegen Rechtsextremismus, völk-
220 schen Nationalismus, Rassismus, Antifeminismus, Demokratiefeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener
221 Menschenfeindlichkeit. Die Erfolge von Rechtspopulisten betrachten wir mit Sorge und stellen uns ihnen und ihren
222 Ideen entgegen. Wir werden unsere Arbeit mit Partner*innen wie dem „Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsext-
223 remismus“ oder „Empower“ fortsetzen und uns für den Erhalt dieser Projekte einsetzen.

224 Wir setzen uns dafür ein, dass der 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag wird.

225

226 2. Partizipation und Teilhabe von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Wir unterstützen die Aufnahme, Versorgung
227 und Integration geflüchteter Menschen. Insbesondere die Vermittlung in Arbeit und Ausbildung sind wichtige Bau-
228 steine einer gelungenen Integration. Die Entwicklung und Etablierung des Hamburger Welcome Centers für zuge-
229 wanderte Fachkräfte begleiten wir weiterhin kritisch konstruktiv.

230

231 3. Die Überwindung von Armut in all ihren Erscheinungsformen. Dafür kooperieren wir mit Sozial- und Wohlfahrtsver-
232 bänden, um Initiativen für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe voranzutreiben. Corona hat nochmal
233 verdeutlicht, wie eng soziale Benachteiligung und Gesundheit zusammenhängen. Hier muss gegengesteuert wer-
234 den.

235

236 4. Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten durch entsprechende landespolitische Initiati-
237 ven, z.B. Vermögenssteuer oder Gemeindefinanzsteuer. Angesichts der steigenden sozialen Ungleichheit sowie
238 zu lösender Zukunftsprobleme einer wachsenden und gleichzeitig alternden Stadt ist eine auf Ausgleich und wich-
239 tige Zukunftsinvestitionen ausgerichtete Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik erforderlich. Investitionen entlasten
240 den Hamburger Haushalt langfristig besser als Sparprogramme.

241

242 5. Bezahlbaren Wohnraum. Gemeinnützige Bauträger und Genossenschaften sind beim bestehenden Wohnungsbau-
243 programm zu bevorzugen. Der soziale Wohnungsbau muss gestärkt und die Bindungsfrist auf 30 Jahre verlängert
244 werden. Die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum muss gestoppt und die Mieten für die nächsten sechs
245 Jahre eingefroren werden. Altersgerechtes, barrierefreies und ökologisches Sanieren muss umfassend gefördert wer-

- 246 den. Ausnahmen bei der Mietpreisbremse können abgeschafft und Sanktionen gegen Vermieter häufiger durchge-
247 setzt werden. Der Erfassungszeitraum für den Mietenspiegel muss auf zehn Jahre erhöht werden. Möglichkeiten
248 beim Vorkaufsrecht von Bauland müssen durch die Stadt konsequent genutzt und der Bodenspekulation ein Riegel
249 vorgeschoben werden
250
- 251 6. Die Gestaltung demokratischer politischer Prozesse. Der DGB Hamburg mischt sich in die Debatten der Stadt ein –
252 auch in Bergedorf und Harburg. Deswegen fördern und stärken wir die ehrenamtlichen Strukturen der Stadtverbände
253 in enger Abstimmung mit den Kolleg*innen vor Ort und ihren Möglichkeiten. Gleiches gilt für die ehrenamtlichen
254 Strukturen des Frauenausschusses, des AK LSBTI, des AK Frieden und Demokratie sowie der DGB Senioren.
255
- 256 7. Eine Hamburgische Seniorenpolitik. Über den Neujahrsempfang, weitere Veranstaltungen und gewerkschaftliche
257 Vertretungen im Landesseniorenbeirat werden altersgerechte Themen an Politik und Behörden adressiert. So enga-
258 gieren wir uns z.B. für eine Ausweitung der aufsuchenden Seniorinnen- und Seniorenarbeit auf die unter 80-Jähri-
259 gen, um sie bei der gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe zu unterstützen.
260
- 261 8. Eine friedliche Gesellschaft. Statt das Zwei-Prozent-Ziel der NATO weiterzuverfolgen, sollten dringend notwendige
262 Investitionen in eine solidarische, nachhaltige und demokratische Gesellschaft vorgenommen werden. Wir begleiten
263 die Initiative für einen rüstungsfreien Hafen Hamburg. Der 1. September bleibt als wichtiger Gedenktag im Fokus
264 des DGB Hamburg.
265
266

267 **D) Für gute Bildung sorgen**

268 Gute Bildung ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, beruflichen Erfolg, soziale Absicherung und Entfaltung
269 der Persönlichkeit. In Hamburg hängt der Bildungserfolg in hohem Maße von der sozialen Herkunft ab. Daher braucht
270 es ein umfassendes Recht auf Bildung und eine aufgabengerechte Ausstattung aller Bereiche des Bildungssystems. Gute
271 Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bezahlung für die Beschäftigten in der Bildungsbranche sind elementar – nur
272 gute Arbeit kann gute Bildung nach sich ziehen. Die Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen wird eine große Auf-
273 gabe sein für die Bildungssysteme, hinzu kommen die Digitalisierung und die oft langjährige Unterausstattung des Bil-
274 dungssystems. Aus Sicht des DGB ist eine bessere Finanzierung und Ausstattung von Bildung und Wissenschaft zwin-
275 gende Voraussetzung für eine demokratische, inklusive, soziale und wirtschaftlich prosperierende Gesellschaft. Bildungs-
276 ausgaben sind Zukunftsinvestitionen, dafür steht der DGB Hamburg.

277

278 Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

279

280 1. Das Bildungssystem als Gesamtsystem begreifen. Erziehung, Betreuung, Bildung und Wissenschaft sollen so inei-
281 nander greifen, dass alle Menschen ihr Recht auf Bildung verwirklichen können. Die Beschäftigten brauchen Ar-
282beitsbedingungen, die eine professionelle, gesunde, pädagogische und wissenschaftliche Arbeit ermöglichen. Hier-
283 für braucht es eine bessere Finanzierung, aber auch:

- 284 ▪ ein Verständnis von Migration als Normalität und Chance
- 285 ▪ pädagogische Konzepte zur Gestaltung der Digitalisierung
- 286 ▪ eine Weiterentwicklung der Qualität der fachlichen Arbeit in KITAS
- 287 ▪ Schulentwicklung im pädagogischen Dialog
- 288 ▪ Schulformentwicklung in Richtung inklusiver Schule und Lernen im eigenen Takt
- 289 ▪ Verbesserung des Gesundheits-/Arbeitsschutz an den Schulen
- 290 ▪ Stärkung von multiprofessionelle Teams und ihrer Zusammenarbeit

291

292 2. Die Zukunftsfähigkeit des Berufsbildungssystems. Das gilt nicht nur für die technische Ausstattung, sondern auch
293 hinsichtlich der Veränderungen in der Arbeitswelt. Die Arbeit der Zukunft erfordert von den ausbildenden Unter-
294 nehmen und den Beruflichen Schulen neue didaktisch-methodische Ansätze sowie eine funktionierende und mo-
295 derne Ausstattung. Die Kompetenzförderung hat sowohl die zukünftigen Anforderungen der Arbeitswelt als auch
296 die sich wandelnden Voraussetzungen der Lernenden zu berücksichtigen.

297

298 3. Ein Recht auf gute berufliche Erstausbildung. Gegenüber Arbeitgeberverbänden, Kammern und Politik werden wir
299 deutlich machen, dass das betriebliche Ausbildungsplatzangebot auswahlfähig sein muss, um die Berufswahlfreiheit
300 zu gewährleisten. Das individuelle Recht auf einen Ausbildungsplatz muss gleichzeitig als Teil der staatlichen Ar-
301beitsmarktförderung gesetzlich garantiert werden. Betriebliche Ausbildung muss dabei immer Vorrang haben. Für
302 eine stabile und solidarische Finanzierung der Ausbildungsgarantie braucht es die Umlagefinanzierung, durch die
303 zusätzlich notwendige Ausbildungsplätze finanziert und der Ausbau betrieblicher Ausbildung gefördert werden.

304

- 305 4. Verbesserung der betrieblichen Ausbildungsqualität. Die offensichtlichen, lange bekannten und wiederkehrenden
306 Mängel müssen von den zuständigen Stellen offensiv verfolgt und bekämpft werden. Wir brauchen wirksame Kon-
307 trollen der gesetzlichen Bestimmungen und Ausbildungsvorschriften. Ein belastbares System der Qualitätssicherung
308 und -entwicklung ist in den zuständigen Stellen zu etablieren. Das betriebliche Ausbildungspersonal ist durch eine,
309 den heutigen Anforderungen angepasste, verbindliche Ausbildereignungsverordnung und einen Anspruch auf Qua-
310 lifizierung und Freistellung zu stärken.
311
- 312 5. Verbesserung beim Azubi-Ticket. Die bestehende Vergünstigung muss für alle Auszubildenden nutzbar gemacht
313 werden. Durch die jetzige Kopplung an den Zuschuss des Arbeitgebers wird das Ticket von nur rund einem Drittel
314 der Hamburger Auszubildenden genutzt. Es bedarf zudem einer verbesserten Lernmittelfreiheit für Bücher, digitale
315 Endgeräte, Internetzugang und Lizenzkosten für im Unterricht benötigte Softwareprodukte für Schüler*innen be-
316 rufsbildender Schulen.
317
- 318 6. Die berufsbildenden Schulen müssen in ihrer wichtigen Rolle als stabiler, verlässlicher und konjunkturell unabhän-
319 giger Partner in der Vorbereitung auf eine Berufsausbildung, in der Berufsausbildung, bei der Vermittlung höherer
320 Bildungsabschlüsse, einschließlich Studienzugangsberechtigung, sowie der beruflichen Weiterbildung gestärkt wer-
321 den. Die Tätigkeitsbeschreibungen von Lehrkräften sind unter Berücksichtigung erweiterter Aufgabenfelder z.B. In-
322 dividualisierung, Inklusion, Digitalisierung, zu modernisieren.
323
- 324 7. Strukturierte Weiterbildung. Damit die Beschäftigten im Wandel nicht zurückgelassen werden, sondern Zukunfts-
325 perspektiven bekommen, muss die berufliche, allgemeine und politische Weiterbildung und Qualifizierung systema-
326 tisiert, koordiniert und weiterentwickelt werden. Die betriebliche und außerbetriebliche Weiterbildung muss durch
327 ein Recht auf Weiterbildung und eine Bildungsteilzeit gestärkt und die Weiterbildungsberatung für Beschäftigte
328 ausgebaut werden. Rechtlich garantierte Lernzeiten, eine sichere Finanzierung sowie bessere Qualitätssicherung
329 und Zertifizierung sind notwendig. Ein zu schaffender Weiterbildungsrat kann diese Aktivitäten begleiten. Mit Wirt-
330 schaftsverbänden, Kammern, Behörden, Politik und Weiterbildungsinstituten diskutieren wir Veränderungen und
331 erarbeiten beschäftigtennahe, zukunftsfeste Ideen für eine systematische Weiterbildung.
332
- 333 8. Die Stärkung der politischen Weiterbildung durch institutionelle Förderung. Nur so kann entlang der gesellschaftli-
334 chen Bruchlinien planvolle Weiterbildung stattfinden. Wir erwarten von Senat und Politik mehr Unterstützung für
335 die Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich politische Bildung vermitteln und somit eine zentrale Stütze unserer
336 Demokratie sind. In Anbetracht der gesellschaftlichen Entwicklung sind neue Ansätze und Angebote im Rahmen
337 der Bildungsfreistellung notwendig. Die politische Bildung muss für alle Bevölkerungsgruppen und in allen Lebens-
338 phasen möglich sein.
339

340 **Beschluss der Delegiertenkonferenz:** *Annahme*